

Ressort: Finanzen

Rüstungskonzerne drohen mit Abwanderung von Jobs ins Ausland

Berlin, 29.06.2014, 12:48 Uhr

GDN - Die deutschen Rüstungskonzerne setzen Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) unter Druck, seine Exportpolitik zu lockern. Wenn sie nicht weiterhin Waffen in Staaten wie Saudi-Arabien oder Katar ausführen dürften, könnten Jobs ins Ausland abwandern, warnten die Vorstände mehrerer Waffenproduzenten Gabriel bei Gesprächen im Ministerium, berichtet der "Spiegel".

Widerstand gegen Gabriels harte Haltung in Rüstungsfragen formiert sich auch beim Koalitionspartner. Der CSU-Abgeordnete Hans-Peter Uhl sagt: "Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn in anderen Ländern jetzt wegen Gabriels Exportverbots unseren Waffenfirmen mit ihren Spitzenprodukten der rote Teppich ausgelegt wird." Wie das Magazin weiter berichtet, soll sich nach Erkenntnissen der Regierung Panzerproduzent Krauss-Maffei Wegmann (KMW) angeblich bereits in Verhandlungen mit dem französischen Konkurrenten Nexter über den Aufbau eines Joint Ventures befinden. Die Verhandlungen sollen noch in einem frühen Stadium sein. KMW dementierte Pläne einer Verlagerung von Teilen der Produktion nach Frankreich.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-36991/ruestungskonzerne-drohen-mit-abwanderung-von-jobs-ins-ausland.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com